

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11698

Schafft Arbeit!

Ämtlich ist bekanntgegeben worden, daß am 28. und 29. Juli im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Vertretern der Landesregierungen über das Programm der Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stattgefunden haben, nachdem vorher die Frage der Arbeitsbeschaffung im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung und mit den Spitzenorganisationen der Kommunalverbände erörtert worden war.

Die Vertreter der Länder wurden im einzelnen über die Wünsche der Reichsregierung und über den gegenwärtigen Stand der verschiedenen Maßnahmen unterrichtet. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung fand die grundsätzliche Zustimmung der Länder. An der Ausführung der von der Reichsregierung eingesetzten Ministerkommission für Arbeitsbeschaffung sollen die Länder auf die Weise beteiligt werden, daß jedes Land bei den Beratungen, die es unmittelbar berühren, mitwirkt; die Kommission wird durch zwei ständige Vertreter der Länder ergänzt werden. Eingehend erörtert wurde dann die Verwendung von 100 Millionen Reichsmark, die der Reichsminister nach den Beschlüssen des Reichstages zur Verfügung der bisherigen Reichsmittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt hat. Da dieser Betrag auf dem Anleihewege aufgebracht werden soll, muß die Verwendung für produktive Anlagen unbedingt gesichert sein. Die Arbeiten, die aus diesem Fonds gefördert werden, sollen in Bezirken vorgenommen werden, die besonders von Arbeitslosigkeit leiden. Bei der Auswahl geeigneter Vorhaben soll die Ministerialkommission mitwirken. Für die Gewährung von Darlehen, die Reich und Länder für diese Arbeiten gewähren, sind gewisse Erleichterungen in Aussicht genommen. Außerdem soll es in Zukunft auch möglich sein, Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge öffentlichen Körperschaften für Anleihen, die sie für umfangreiche Erwerbsarbeiten von besonderem volkswirtschaftlichen Wert aufnehmen, eine Zinsverbilligung zu gewähren.

Die eingesetzte Ministerialratskommission hat also bisher beraten und berät immer noch weiter fort, die Reichsregierung, die Reichspost und die sonstigen Instanzen werden dann noch über die Notstandsarbeitsprogramme in besondere Angelegenheiten eintreten, weil erfahrungsgemäß bei diesen Vorhaben immer Kompetenzstreitigkeiten eintreten. Auch diesmal sahien es so, als ob diese Streitigkeiten wieder geltend machen und dadurch den Beschluß des Reichstages auf Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms lahmlegen würden. Trotz der vielen Besprechungen ist aber keine Erweiterung des Programms zur Beschaffung von Arbeit erfolgt. Wenn die Beraterei so geht, erhält kein einziger Erwerbsloser Arbeit, und für den Arbeiter und ganz besonders für unser Gewerbe wird die kurze bemessene Arbeitsgelegenheit vorüber sein. Man muß es darauf an, daß so schnell wie möglich gearbeitet wird. Alle schönen Programme nützen den arbeitssuchenden hunderttausenden Erwerbslosen nichts, wenn die entschlossene Wille vorhanden ist, sie durchzuführen. Man braucht nur die unglaublichen Zustände im Gebiete des Wohnungsbaues zu erwähnen. Es ist doch ein unerträglich Zustand, daß in der gegenwärtigen Zeit ein gewaltiges Heer arbeitsloser Bauarbeiter vorhanden ist und andererseits hunderttausende Erwerbslose keine Wohnung haben! Wo ist die Reichsregierung angefündigte Wohnungsbeschaffungsprogramm? Es wäre sehr notwendig gewesen, sich mit den Landesregierungen, die doch daran nicht ganz uninteressiert sind, eingehend darüber zu unterhalten und der Öffentlichkeit zu verraten, was man auf diesem Gebiete zu tun denkt. Von einer starken Belebung des Baumarktes ist mangels der stärksten Anregungen für viele andere Wirtschaftszweige aus. Hier wäre auch die Möglichkeit, eine Entlastung des Arbeitsmarktes der Angestellten herbeizuführen. Es ist doch kein Geheimnis, daß die zahllosen Zu-

stangen sich gerade auf dem Gebiete des Wohnungsbaues in verhängnisvollster Weise bemerkbar machen. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, ob das nun endlich bald geschieht. Nach den Ausführungen des Reichsarbeitsministers im Reichstag und des Reichswirtschaftsministers auf der Bundestagung des DGB. in Düsseldorf ist also das einstweilen vorliegende Ergebnis der Konferenzen ein äußerst mageres, „die grundsätzliche Zustimmung zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung“. Fürwahr ein glänzendes Ergebnis. Wer sich durch die ersten Ankündigungen der Reichsregierung über ihre Pläne zur Arbeitsbeschaffung Illusionen machte, der wird enttäuscht sein. Aber es gab sicherlich nur sehr wenig Arbeiter, die sich in der Notstandsarbeitsfrage übertriebenen Hoffnungen hingaben, und deshalb sind auch die Mahnungen bürgerlicher Blätter, die Reichsregierung möge sich bei ihrer Anleiheaktion nicht übernehmen und allzu viel Kapital für Finanzierung von Notstandsarbeiten der Privatwirtschaft entziehen, die Zinsverbilligung aufhalten usw., reichlich überflüssig. Der Reichsfinanzminister hat übrigens bei den Beratungen der Arbeitsbeschaffungskonferenz deutlich zu verstehen gegeben, daß er im Wege der Anleihe nur soviel Kapital für Notstandsarbeiten beschaffen wolle, als unbedingt notwendig sei.

Das vorliegende Arbeitsbeschaffungsprogramm, schreibt die „Bremer Volkszeitung“ treffend, ist und bleibt einstweilen nur ein Nothelfer. Für den Sommer und den Herbst mag es notdürftig reichen. Was aber dann? Ueber die Hilfe für den Augenblick hinaus muß frühzeitig die Arbeitsbeschaffung auf weite Sicht in die Wege geleitet werden. Dem ersten Schritt muß der zweite folgen. Hoffnungen auf eine baldige Revision der verkehrten Wirtschaftspolitik, eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise, die ja nicht wie ein Verhängnis über uns hereingebrochen ist, haben, wie die politischen Kräfte im Augenblick nun einmal verteilt sind, wenig praktischen Wert. Wichtig, tausendmal richtig ist es, daß man mit einer vernünftigen Handels- und Zollpolitik Absatz im Außenhandel und damit die Beschäftigung von hunderttausenden Arbeitslosen schaffen könnte. Wir haben aber nicht den Glauben, daß die unverbesserlichen Hochschulzöllner bei der Mehrheit der bürgerlichen Parteien sich von heute auf morgen bekehren lassen. So kann eben, praktisch genommen, für die nächsten Jahre nur durch großzügige Notstandsarbeiten im weiteren Sinn Hilfe geschaffen werden. Ungewöhnliche Anstrengungen sind natürlich erforderlich, wenn man in der Wirtschaftspolitik vom richtigen Wege abgeirrt ist und sozusagen querfeldein über Stock und Stein und tausend Hindernisse hinweg den Weg ins Freie suchen muß. Wo der Karren verfahren ist, können wir nur durch außerordentliche Kraftanstrengungen aus dem Gedränge der Massenarbeitslosigkeit herauskommen. Es bleibt uns einfach zunächst nichts anderes übrig, als die Schaffung von Käufern auf dem inneren Markt, als Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter und Bauern, das heißt Notstandsarbeiten und Siedlungspolitik.

Wird die Reichsregierung das von ihr geforderte Arbeitsprogramm mit Hilfe großzügiger Notstands- und Siedlungsarbeiten sich eine Bresche durch die wirtschafts- und arbeitspolitische Sackgasse zu schlagen, fertig bringen? Die gegenwärtige Reichsregierung kaum. Ihre Ministerialkommission ist nichts anderes als ein Bureaurenatenschaub, der sich aus Vertretern der in Betracht kommenden Ministerien (Arbeit, Wirtschaft, Verkehr, Post, Ernährung und Finanz) zusammensetzt und zu dem sich nun noch zwei ständige Landesvertreter, einer von Preußen, einer von Bayern, hinzugesellen. Aus dem Sumpf auf dem Arbeitsmarkt führen aber nur Leute heraus, die sich nicht scheuen, Wasserstiefel anzuziehen und zuzupacken. Das Arbeitsbeschaffungsproblem ist kein Rechenexempel, das Null für Null aufgeht. Wer es durch tausend Kompromisse nach allen Seiten lösen will, der wird aus dem Problem ein unlösbares Rätsel machen.

Krieg dem Kriege!

Am 1. August 1926 jährt sich zum zwölften Male der Tag des Ausbruches des Weltkrieges; damit wird von neuem die Erinnerung wach an die Millionen Toten, die dem Kriege zum Opfer gefallen sind, an die weiteren Millionen, die zu Krüppeln wurden und an all das Elend, das der Krieg und seine Folgen über die Menschheit gebracht hat.

Als das große Schlachten zu Ende ging, war die allgemeine Meinung, daß dieses der letzte Krieg gewesen sei; daß der Krieg den Krieg getötet habe; daß die Völker sich eine Wiederholung der Greuel nicht gefallen lassen würden. Ist dieses so sicher? Die Erinnerung an das Vorgeschickene verblaßt allmählich; ein unberechtigtes Sicherheitsgefühl kann gefährlich werden. Man hört wieder Löhne, die in der ersten Zeit nach dem Kriege nicht möglich waren; über Abrüstung wird zwar gesprochen, aber inzwischen kräftig weitergerüstet. Man erfährt auch fortwährend von neuen Erfindungen, die geeignet sind, die Schrecken eines Krieges noch zu vermehren.

Die organisierte Arbeiterschaft, die stets der entschlossenste Bekämpfer von Krieg und Militarismus gewesen ist, darf daher in diesem Kampfe nicht erlahmen und gelegentlich der Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches muß von neuem der feste Voratz gefaßt werden, alles Mögliche zu tun, um den Völkern neue Kriegsschrecken zu ersparen.

Das Heer der Ausgesteuerten.

Es gibt Arbeitslose, die die staatliche Erwerbslosenunterstützung beziehen und solche, die ausgesetzt sind, das heißt, die staatliche Unterstützung nicht mehr zu beanspruchen haben. Je länger die Krise anhält, desto höher wird die Zahl derjenigen, die keine Unterstützung mehr bekommen. Die Dauer der Unterstützung beträgt höchstensfalls 52 Wochen, also ein Jahr. Die Höchstdauer der Unterstützungsbefugnis ist auf Drängen der Gewerkschaften auf 39 Wochen verlängert worden. Weitere 13 Wochen kann der öffentliche Arbeitsnachweis Unterstützung bewilligen, wenn dadurch eine unbillige Härte vermieden werden kann. So sehr es auch zu begrüßen ist, daß das Reichsarbeitsministerium die Wünsche der Gewerkschaften erfüllt, so kann doch darin angefaßt der bedrohlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes nicht der Weisheit letzter Schluß liegen. Dieser Frage muß daher die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Denn es dürfte als unwürdig empfunden werden, daß ein arbeitswilliger deutscher Arbeiter als Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise sich der Armenpflege unterziehen muß.

Versucht man die Zahl der Ausgesteuerten zu erfassen, so stößt man auf Schwierigkeiten. Man ist auf Schätzungen angewiesen. Es will uns scheinen, daß bereits jetzt die Zahl der Ausgesteuerten keine geringe ist. Ein Anhaltspunkt hierfür bietet die Zusammenstellung des Reichsarbeitsministeriums in Nr. 28 des „Reichsarbeitsblattes“. Ueber die Zahl der offenen Stellen und der Arbeitssuchenden heißt es dort:

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche in den Städten mit mehr als 50000 Einwohnern:		
Monat	Männliche	Weibliche
Juni 1926	788	486
Mai 1926	769	435
Juni 1925	196	142
Im Reich:		
Mai 1926	757	434
Juni 1925	190	132
Juni 1913	168	101

Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen betrug am 1. Juni 1926 1744 126. Am 1. Juli 1926 wurden 1742 567 Vollerwerbslose gezählt. Es war also eine geringe Abnahme der Vollerwerbslosen zu verzeichnen. Da die Arbeitsgesuche keine Besserung, sondern sogar eine Verschlechterung um rund 3% vom Mai bis Juni aufzuweisen haben, so muß das Heer der Ausgesteuerten eine nicht geringe Zunahme erfahren haben. Wenn offizielle Feststellungen einen Sinn haben, dann kann man zu keiner anderen Annahme gelangen. Wenn es nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit durch energische Maßnahmen zu bannen, dann wird von Monat zu Monat das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Arbeitsgesuche und der offiziellen Zahl der Erwerbslosen größer. Im Dezember 1925 betrug die Ziffer der Vollerwerbslosen 1 1/2 Millionen. Es steht also zu erwarten, daß die Ausgesteuerten immer mehr an Zahl zunehmen. Deshalb muß die Frage gestellt werden: Was wird aus dem Heer der Ausgesteuerten? Können sich alle Körperschaften, die diese Frage angeht, sich der Gefahr bewußt werden, die sich hier bedrohlich zeigt. Denn es ist nicht die Schuld der langfristigen Erwerbslosen, daß sie immer noch arbeitslos sind. Mit altem Nachdruck muß verlangt werden, daß die Bezugsdauer auf Grund des § 18 Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge verlängert wird. Von diesem Recht sollte der Reichsarbeitsminister unverzüglich Gebrauch machen.

An die Mitgliederfrauen!

Wenn zwei Menschen sich miteinander verbunden haben, so ist es verständlich, daß beide einig sein müssen in allen Fragen des täglichen Lebens. Der Mann soll die Eigenart der Frauenseele achten, die Frau soll dem Mann in allen Lebenslagen hilfsbereit zur Seite stehen; sie soll gleichsam für den Mann umschauen die Hülle Schützerin sein. Sie soll sich nicht nur um ihre Häuslichkeit kümmern, sondern auch Interessentin für die gesamte wirtschaftliche Berufslage ihres Mannes sein.

Die Heimat ist ja nur das äußere Band der Zusammengehörigkeit zweier Geschlechter; ganz gleich, ob diese durch einen Staatsakt oder durch kirchliche Formalitäten geschaffen wurde. Keiner dieser Akte hat Einfluß auf die Innere, noch viel weniger auf die äußere wirtschaftliche Gestaltung des Ehebundes. Die Ehe soll eine soziale Lebensgemeinschaft sein, eine ernste Verpflichtung auf höherer Basis. Aber nicht nur die körperliche Ehegemeinschaft ist die alleinige Tugend der Frau — nein, auch die geistige Gemeinsamkeit ist ein hervorragendes Mittel zur wirtschaftlichen Vervollständigung der Familie. Die Frau ist die häusliche Wirtschaftlerin, der Gatte sucht soviel wie ihm möglich ihren materiellen Bedürfnissen zur Aufrechterhaltung der Häuslichkeit Genüge zu leisten. Oftmals gelingt ihm das nicht in dem Umfang, wie es notwendig wäre; die Frau ist ungehalten über das wenige Kostgeld, sie ist oftmals geneigt, die Schuld ihrem Mann beizumessen. Dadurch entstehen unerquickliche Verhältnisse; um diese zu verhindern, ist es notwendig, daß die Frau aufgeklärt wird über die eigentlichen Ursachen ihrer materiellen Bedrängnis. Sie muß erkennen lernen, daß ihr Ehegatte nicht der eigentlich Schuldige ist, sondern daß die kapitalistischen Methoden jeden schaffenden Menschen bedrücken. Sie muß verstehen lernen, daß die kapitalistische Wirtschaft in ihrer jetzigen Form niemals für ihre Familie das Erwünschte ist. Um aber zu jener Erkenntnis zu gelangen, ist es notwendig, daß die Frau sich nicht nur um ihren Hausstand kümmert, sondern mit ihrem Mann und den erwachsenen Kindern aufklärende sozialistische Vorträge besucht, wenn irgend möglich Bücher in derselben Richtung liest, das Verbandsorgan des Mannes eifrig studiert und, was die Hauptsache ist, nicht nur die Vereinsvergünstigungen benützt, sondern als Gast auch in die Mitgliederversammlungen geht. Es ist für jede Frau sehr wichtig, bei bevorstehenden Lohnbewegungen zu wissen, wie schwer es für ihren Mann ist, eine Lohnaufbesserung zu erreichen oder Verschlechterungen zu verhindern und, wenn es dann zu Arbeitszeinstellungen kommt, soll sie einig sein mit ihrem Mann; denn sie weiß dann, daß er eine gerechte Sache vertritt und das geringere Hausstandsgeld in jener Zeit wird sie nicht mürrisch und müßlos machen.

Ehe die Frau aber zu dieser Ueberzeugung kommt, muß sie auch Kämpferin im sozialistischen Sinne sein; dadurch werden ihr die wirtschaftlich geführten Kämpfe der Arbeiterklasse erst verständlich; sie muß erkennen lernen, daß die jetzige kapitalistische Wirtschaftsordnung das Grundübel der Welt ist. Der Kampf um Besserstellung der Familie hängt mit der heutigen Machtstellung der Besitzenden zusammen. Der Beruf ihres Mannes ist sogenannter Luxusberuf, er ist aber in künstlerischer Hinsicht kulturfördernd, außerdem in allen Fällen für die Volksgesundheit notwendig. Es kommt nicht darauf an, ob eine produktive Tätigkeit (volkswirtschaftlich gedacht) als Luxusarbeit gilt, sondern darauf, daß auch dieser Arbeitsleistung, weil Arbeitskraft verbraucht werden muß, eine entsprechende Gegen-

leistung gewährt wird. Die Arbeit des Mannes wird Ware, die ihren realen Verkaufswert behält. Die kapitalistische Klasse reden immer von der „Begehrlichkeit der Massen“; diese Menschen wollen nicht anerkennen, daß der Arbeiter die treibende Kraft in der Wirtschaft ist. Aus diesem Grunde sollten jene Menschen bedacht sein, sich diese Arbeitskräfte durch gute Entlohnung zu erhalten.

Einem großen Teil der Unternehmer geht es noch nicht in den Kopf, daß der schaffende Mensch nicht nur Wert-erzeuger für den Unternehmer sein will, sondern auch seinen Teil an der Schönheit der Welt verlangt. Wenn die Frau darüber nachdenkt, so kommt ihr zum Bewußtsein, daß auch kirchlich gefasste und sehr fromme, begüterte Unternehmer es als unverträgliche Begehrlichkeit ansehen, wenn ihr Gatte einen höheren Lohn verlangt. Jene Menschen verlangen für sich alles Gute und Schöne im irdischen Leben, den Arbeiter verweisen sie auf die schöne Zukunft im Jenseits; nein, jede Frau muß erkennen, daß mit derartigen Gebuldsfateleien kein Kind ordentlich gekleidet und ernährt werden kann; der Durst nach Schönerm und Gutem, nach Glück und Sonnenschein soll schon in diesem irdischen Leben gestillt werden. Es ist eine kirchliche Fiktion, wenn behauptet wird, die sozialistischen Ideen seien gegen Sitte und Moral der kulturellen Völker, sie erzeugten hier nach schrankenlosem Genuß und Unzufriedenheit gegen die bestehenden Klassen. Darüber muß sich jede Frau klar sein, daß die Kirche immer die Verfechterin kapitalistischer Interessen sein wird — und muß; jede verführte Besserstellung der schaffenden Menschen wird auch dort als gotteslästerliche Begehrlichkeit bezeichnet werden. Das Verhalten jener Kreise beim Volkenscheid hat das ja zur Genüge gezeigt und vielen Frauen die Augen geöffnet.

Aus all dem geht hervor, daß die Frau als Mitkämpferin in der Arbeiterbewegung nicht zu entbehren ist. Vier Grundzüge sind es, die die Frau beherzigen soll: für die Frau eines Gewerkschafters gibt es keine andere politische Richtung als die der Arbeiterpartei, sie braucht gewerkschaftliche Tätigkeit, ihre Kinder müssen in dem Sinne erzogen werden; die Gewerkschaften sind das Fundament der politischen Arbeiterbewegung, aus ihnen rekrutieren sich die Kräfte für den politischen Ausbau. Eine weitere Aufgabe der Frau ist der tägliche Einkauf ihres Warenbedarfs; man trägt doch die mühsam erworbenen Großen des Mannes nicht zum kapitalistisch eingestellten Krämer, der vielfach unnötige Zwischenhandel verteuert die Ware; darum hinein in die Konsumgenossenschaft. Wenn alle Gewerkschafterfrauen in diesem Verein laufen würden, würde ein Preiswucherer unmöglich sein. Die Frau hat auch noch ein anderes gutes Mittel, den Kapitalismus zu bekämpfen: dies ist die restlose Aufnahme ihrer Familie in die Volksvorsorge.

Manche Frau wird denken: ach, es wird doch nicht besser, wenn ich auch dabei bin. Dem ist nicht so; denn je größer die Masse der Kämpfer, desto leichter der Erfolg. Frauen, denkt über das Gesagte gründlich nach und handelt vernünftig im Sinne der Arbeiterklasse! Aber auch die Kollegen sollen ihre Frauen dazu anhalten und sie ausreichend unterstützen.

Die wirtschaftliche Lage im Malergewerbe.

Kein Beruf ist in sich selbst abgeschlossen oder unabhängig vom Stande der Gesamtwirtschaft. Dieser Gemeinplatz an Auffassung zeigt sich auch für das Malergewerbe.

Jede Krisenerscheinung — auch im Vorkriegsleben — spiegelt sich in der Berufslage, deren Auswirkung für die Beschäftigungsmöglichkeit ist, wider. Sind wir überzeugt, daß die Wirtschaftslage das Sein im gesellschaftlichen und politischen Leben bestimmt, dann erkennen auch die Ursache der Arbeitslosigkeit, ebenfalls Ursache der Wirkung des Selbständigwerdens in unserm Gewerbe Teilercheinung. Es sind Rebererscheinungen eines abnehmenden, der nach neuen Ausdrucksformen im Wirken Unser Gewerbe hängt im großen Maße vom Bauwesen ab. Im kapitalistischen Zeitalter ist die Stellung des Geldmarktes die Grundlage aller Geringfügigkeit. Durch die Vernichtung der Geldwährung in weiten Kreisen der Volksschichten, die als Sparer im kommen, eine große Abneigung gegen Bank- und Sparinstitute bemächtigt, die darin ihren Ausdruck finden Spargelder spärlich fließen. Die Gelder zum Bauen fließen zum übergroßen Teil aus angelegten Geldern Lohn- und Gehaltsempfängern. Da durch das Sinken Kaufkraft des Geldes an ein Zurücklegen kaum zu ist, auch für Neuanschaffungen an Bekleidungsgegenständen, die durch die Zwangsbewirtschaftlich zurückgebrängt wurden, größere Summen nötig waren ein „Sparen“ heute seltener und unmöglicher als früher.

Die bürgerlichen Wirtschaftspolitiker führen diese stände mit Vorliebe auf die Vernichtung des Sparfinesse die sogenannte Revolution zurück. Daß die Umwälzung Staatsform nur eine Folge wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruchs war, vermeidet man zu sagen. Diese in diesem Zusammenhang anzuführen, halten wir für wendig. Schon beim Kriegsausbruch hatte die Kaufkraft Geldes um circa ein Drittel eingebüßt. Für unsern kam dann der Mangel an geeigneten Bindemitteln in Ungünstig wirkte sich die im Kriege begonnene Zwangschaft auf den Wohnungsmarkt aus. Die sich steigende entwertung begünstigte das Pfuschwesen, weil jeder nungsinhaber seine Malerarbeiten durch irgendeine kannten ausführen ließ. Die Unsicherheit auf dem Markt zwang viele Kollegen, sich selbständig zu machen das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt zu erwerben große Anzahl Industriebetriebe sowie Reichs- und Gebörden entließen Maler, die in ihrer Arbeitskraft eingebunden, beim Unternehmer zur Arbeit untauglich sind diese Leute stürzten sich auf das Malergewerbe als ständige Gewerbetreibende. Daß dieser Zustand für Meister und Gehilfen äußerst ungünstig auswirkte, ist klären. In manchen Orten übersteigt die Anzahl „Meister“ die der Gehilfen. Der Kampf um die Gestaltung für Malerarbeiten nimmt groteske Formen ergehen sich doch bei allen Preisangeboten Differenzen mehreren hundert Prozent. Diese Ueberangebote er eine lange Arbeitszeit und ein Sinken der Qualität.

Daß diese unglaublichen Folgen für die Angehörigen Berufs, für Meister und Gehilfen, überaus schädlich sind, ist an dieser Stelle schon oft besprochen worden. Nach jenen Erhebungen sind circa 80% der Selbständigenmeister; sie beschäftigen keine Gehilfen. Wenn ein Zahl dieser Leute Gehilfen ausbilden, so kann ebenfalls nicht im Interesse des Gewerbes weil die Gefahr nahe liegt, daß der Nachwuchs ungeausgebildet wird und damit die Stümper im Beruf Zunahme erfahren.

Daß die Gefahr für uns als Arbeiterorganisationen erhört groß ist, weil uns die wirtschaftliche, kulturelle und russische Hebung unserer Kollegenchaft so überaus wichtig wird, muß auch uns in die Reihen derer stellen,

Wie ich Frankreich wieder fand.

Von Fritz Kummer.

III.

Im einstigen Kriegsgebiet.

Paris ist bedeutend weniger industrialisiert als etwa Berlin oder Wien. Zwar sind in seinem Reichsbilde die letzten zwei Jahrzehnte mächtige Unternehmen, wie die Autowerke von Citroen und Renault entstanden, aber die Vorkriegszeiten der großen Fabriken bilden doch nur einen Bruchteil der kleingewerblichen Masse. In Paris, dem Regierungssitz eines weiten Landes und dem hervorragenden Mittelpunkt des internationalen Fremdenverkehrs, nehmen die Gewerbe einen breiten Raum ein, die für Wohnung, Nahrung, Unterhaltung und Luxus sorgen. Zu der zahllosen Schicht der gedehnten internationalen Brokierates kommt noch sein Zerstreutsein auf ein weites Gebiet, was seine Sonderheit am Unwiderrückführer oder verweilt. Sein Geist und seine Lebensart sind humanistischem Schicksal angeschlossen, und beide hat dank der eben geschilderten Zustände die industrielle Revolution nicht viel zu modern gemacht. Folgedessen würde der, der die französische Industriearbeitslosigkeit nur in Paris studierte, ein sehr unzulängliches Bild erhalten.

Will man in Frankreich eine in Stimmung und Eigenart höher ausgeprägte Industriearbeitslosigkeit finden, so muß man in die Provinz, so beispielsweise in die industriereichen Bezirke des Nordens gehen, die Lille oder Lens zum Mittelpunkt haben. Der Weg dahin führt durch das unzählige angelegene. Hier kommt an Orten, wie Compiègne, St. Quentin, Cambrai usw. vorüber, die vor ein paar Jahren im Dienste der armen Welt waren. Zu beiden Seiten der Straße noch ununterbrochen vermüllte Häuser und Häuser. Die Jungen des verarmten Kampfes zum Schutze der — Familien und des heimischen Herdes, sind indes in reichem Schutze geblieben. Am 1. Januar 1926 waren von den 104 44 zerstörten oder beschädigten Schaulängen 521 913 wieder neu oder ausgebessert, von den 17 616 öffentlichen Bauten von 11 343 wieder errichtet oder renoviert, und von den 10 225 zerstörten oder beschädigten zum mindesten 10 000 wieder neu oder ausgebessert im Gange. Die Straßen, Plätze und Alleen sind bis auf die Bruchteile hergerichtet, der Wald noch bräunlich noch viele Jahre, bis er wieder ergrünen wird.

Man kann den Wiederaufbau für den Wiederaufbau auf drei Milliarden Franken annehmen. Davon sind 85 Milliarden an die Geschädigten zu entrichten, und zwar 26 für industrielle, 20 für landwirtschaftliche und 40 Milliarden für sonstige Schäden. Am 31. Dezember 1925 waren insgesamt

79 Milliarden ausgezahlt, so daß noch 23 Milliarden zu entrichten sind. 21 Gemeinden sind ganz verschwunden und sollen nicht wieder aufgebaut werden.

Viele der zerstörten Dörfer und Städte nehmen die Gelegenheit wahr, ihr Ortsbild zu verbessern, indem sie die Gassen breiter und gerader, die Gebäude sauberer und gesundheitlicher machen. Eine Notwendigkeit, auf deren vollständige Erfüllung nun freilich mancherorts wenig Wert gelegt zu werden scheint. St. Quentin zum Beispiel ist fast ganz wieder hergestellt. Es hat kurz vor meinem Dortsein seinen neuen recht geräumigen und prächtigen Bahnhof in Betrieb genommen. Die Unwühlerei vor dem Bahnhof läßt erraten, daß dort an Stelle des Bodengestrüpps ein ansehnlicher Platz geplant ist. In der Stadt selbst nur hier und da noch eine Ruine. An der Kathedrale muß allerdings der größte Teil der Herstellungsarbeit noch geleistet werden. Ihr Inneres ist ganz mit dem Raugerüst gefüllt. Hier, im Vorraum des Kirchenschiffes, fand ich, übrigens die einzige, Kriegserinnerung von französischer Hand, die einen bitteren Reizgeschmack für uns Deutsche hat. Auf einer Wandtafel stand — aus dem Gedächtnis überjet — zu lesen:

„Besucher! Gedenkt auch, daß die Deutschen siebzig Köder in die Säulen, die das Kirchenschiff tragen, gehohlet hatten, womit sie ihre Absicht kundgegeben haben, die ganze Kirche zu zerstören. Daran wurden sie nur dadurch gehindert, daß die Franzosen 24 Stunden früher, als erwartet, kamen.“

Die Hauptstadt des kohlreichen Bezirks Pas de Calais, Lens, die im Kriege ganz zerstört wurde, ist neu entstanden, wenn auch nicht ganz, denn es wird noch in jeder Gasse an vielen Stellen gegraben und gemauert und gepußt, und allwärts liegen noch zerstörte Grundmauern. Sehr eilig scheint man es mit dem Aufbau jetzt nicht mehr zu haben; nur am Bahnhof, einem Augen- mehrstöckigen Betonbau, wird eifrig geschafft. Nach der Ursache der Saumseligkeit im Bauen befragt erwiderten ein paar Bergleute: das erste, was die Regierung hätte rasch wieder aufgerichtet haben wollen und wofür sie freigebig gegeben, seien Kirche, Kaserne, Gericht und Gefängnis gewesen, dann auch die Zechen. Dies alles sei wieder da, und nun wo es sich nur um Wohnhäuser handle, sei die amtliche Freigebigkeit arg eingebort. Ganz so schlimm scheint es indessen nicht zu sein. Um ganz Lens herum erblickt man nageheu Fördergerüste der Zechen, sämtlich mit Beton überdeckt um sie gegen Wind und Wetter zu schützen. Die Zechenhäuser sind jetzt klüßhauber, und um den Zechenhof herum ziehen lange Reihen eins- und zweistöckige Wärfelhäuser, die von den Gesellschaftern für die Bergleute errichtet wurden und zu einem spottbilligen Miet- jaß abgegeben werden. Auch das Gewerkschaftshaus von

Lens, das dem Bergarbeiterverband vom Pas de Calais gehört, ist wieder in Betrieb. Gewerkschaftshäuser in Frankreich eine sehr seltene Sache, zumal von solcher Maß und solcher Eindringlichkeit wie das von Lens.

Drei Millionen ausländische Arbeiter

Seit dem Kriege erfreut sich Frankreich einer losen Geschäftsbilanz. Der Wiederaufbau der zerstörten biete stellte beträchtliche Anforderungen an die Industrie die allgemach stärker werdende Inflation trug zur Förderung der Warenausfuhr merklich bei. Den außergewöhnlich dort an Arbeitskräften konnte die durch den Krieg gebildete Bevölkerung nicht decken. Das Unternehmertum, öffentlichen und halbamtlichen Körperchaften unterstützt, im halben Erdball nach Arbeitern ab. Die Anwerbung Wirtschaftsnott manches Staates wohl zu stellen.

So konnte es kommen, daß in den Jahren von 1918 bis 1925 die Zahl der in Frankreich befindlichen Fremden von 1,7 auf 2,85 Millionen emporstiege. Zu wies sich die Zahl der Fremden über 3 Millionen geteilt, denn die Zuwanderung ist immer noch beträchtlich wanderten 276 000, 1925 176 000 ein, und der Zuwanderung 1926 wird, wie manche Zeichen annehmen lassen, geringer sein. Fast alle Gewerbe, barnehmlich aber der Bau, die Landwirtschaft, die Textilindustrie und der Handwerk sind stark mit Fremden durchsetzt. In den Departements des Nordens machen die Fremdlinge die Hälfte der 241 000 Köpfe betragenden Bevölkerung. Hierzu kommen noch mehr als 50 000 belgische Sachverständige — dort „Fransmann“ genannt —, die tagtäglich nach reich kommen, um zu arbeiten. Daß bei einer solchen Fremder mancher Bezirke oder Orte zu wahrhaftigen geworden sind, läßt sich denken. Im Pas de Calais Departement von etwas über 1 Million Einwohnern, einer Aufstellung der Präfektur nicht weniger als 89 mit 95 615 Köpfen vertreten. Die Polen mit fast 100 000 sind die zahlreichste Gruppe, der der Menge nach die Tschechen, Italiener usw. folgen. Auch Türken, Magyaren, Ägypter und ähnliche Völkerchaften sind vorhanden. Die deutsche Kolonie ist 56 Mann stark.

Die Zusammenballung von solchen Massen sprach- und sittenfremder Arbeiter muß Schwierigkeiten für die Gesellschaft, Staat und Gewerkschaftsbewegung zeitigen. Die Schwierigkeiten sind jedoch, wenn ich den Mitteilungen darf, noch im Zustande der Unbedenklichkeit, und heimischen Gewerkschaftskräfte hielten ihre Meister nicht gerade schwer. Diese Rogigeherei ist wohl aufstand zurückzuführen, daß die Industrie in vollem Stand und ein Arbeitsloser jetzt zu den Seltenheiten ge-

Hilfe gegen die Seuche des Kleinmeisteriums finden. Man geht nicht, daß dieser Zustand im Wege der Entwicklung liegt. In großer Zahl Epizismus ist es, der so viele Berufsgehörige selbständig werden läßt. Gewiß haben wir ge-

Wenn die Produktionsmittel zusammengefaßt würden, um sich die kleinen Betriebe zusammenzuschließen zu genossenschaftlichem Wirken, wenn aus dem kleinen Unternehmer ein Mann würde, der sein Können im Beruf, der sein Organisations-talent für die Angehörigen seines Berufes ausübte, in eine geregelte Arbeitsmethode zu erzielen und im Interesse der Hebung des Ansehens unseres Berufes ein- setzung geschaffen. Dieses würde darauf abzielen, dieser wengerüttelnde Kampf muß aufhören, wenn nicht der ganze Beruf darüber zugrundegehen soll. Wohl wissen wir, daß es Ziel: Schaffung einer Genossenschaft auf der Grundlage des Kleinmeisteriums, ein Problem ist, das gründlich erörtert und nach allen Seiten geprüft werden muß. An der ersten Notwendigkeit, leben zu müssen und zu können, lassen sich zumindest diejenigen mit der Lösung des Problems zur Hebung der Berufsfrage beschäftigen, die für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Kollegen und die Lehrlinge eintreten. Von den stark finanziellen Kreisen können wir nicht erwarten, daß sie über engen Horizont hinausdenken. Sie bekämpfen die Verschärfung der Gehilfen und verneinen, das Mittel der Verlängerung der Arbeitszeit reiche dazu aus. Diese Loren sehen die Ursachen dieses Übels, das in der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsform liegt. Diejenigen aber, selbständig wurden, aus Gründen, die hier unerörtert werden können, deren Fühlen und Denken sich einst in unsern Reihen bewegte, mögen sich einmal überlegen, ob sie ihre Tätigkeit nicht als Glied einer Kette ausüben können, die zusammensetzt aus den Idealen Solidarität und Schaffen im Wohle des Volksganzen. Ihre Stellung als Privat- unternehmer im kapitalistischen Staat ist gewiß nicht geeignet, Friedigung auszuüben; sie bräuteten kein sehr großes Opfer, die Geschäftstätigkeit auf genossenschaftliche Grundlage um- stellen.

Daß mit diesem Vorschlag das Problem zur Hebung der Berufsfrage nicht erschöpft ist, wissen wir sehr wohl. Die Ge- setze für unsere Kollegen ist riesengroß. Unsere tariflichen Bestimmungen können nicht weiterentwickelt werden, solange Anzahl der Selbständigen die Gehilfen überwiegt. Unferecht ist es, alle Kollegen über die Gefahr aufzuklären, die droht. Mehr als je ist es notwendig, die Organisation zu stärken, indem der letzte Hebel herangezogen wird. Wir stehen vor ernsten Aufgaben, die wir nur durchführen können, wenn wir ziel und zahlenmäßig stark sind. Tue ein jeder seine Pflicht! Sorge ein jeder an seinem Platz für Stärkung unseres Verbandes! —

Aus unserm Beruf

Berufsunfälle. In Hamburg stürzte am 17. Juli Kollege O. Waltenberger von einer Anlegeleiter, ausruft. W. trug schwere innere Verletzungen davon. Am 21. Juli stürzten zwei Kollegen beim Dedensstreichen

hüten sich die Unternehmer, die Fremden zu Lohn- und Verdrängung der eingeborenen Arbeiter zu miß- brauchen. Und dann des dringenden Bedarfs an Leuten mögen die Gewerkschaften, so gering an Zahl sie auch sind, in Einfluß erfolgreich geltend zu machen. Man möchte wünschen, daß es auch dann noch so bliebe, wenn der Wieder- bau zu Ende und der Frankens stabilisiert wird, kurz- in die beiden wesentlichen Ursachen der jetzigen Geschäfts- e und der Arbeiterknappheit geschwunden sind.

Die gewerkschaftliche Vereinigung der Sprachfremden ist natürlich ihre Schwierigkeit. Es ist nur im Aufbau vermöge seiner günstigeren Voraussetzungen gegen eine nebensächliche Zahl, besonders Polen, zu ver- stehen. Unter den Polen sind sehr viele, die lange Zeit in Ausland gearbeitet haben, wenn nicht da geboren sind. Diese sind die berufliche wie gewerkschaftliche Zusammen- schließung leichter als mit anderen Fremden. Selbstamerweise, leicht erklärlicherweise — legen gerade diese (deut- schen) Polen allen Nachdruck auf ihre polnische Nationalität. Den polnischen Arbeitern sind auch Priester aus ihrer Mitte gekommen, die von den Unternehmern beobachtet und ge- hütet werden. In welchem Sinne und zu wessen Nutzen Geistlichen ihr Amt ausüben, braucht nicht gesagt zu werden. Daß die französischen Gewerkschafter die Tätigkeit fremder Priester mit gebührender Geneigtheit verfolgen, ist denkbar.

Das Verhältnis der fremden Proletarier zu den ein- heimischen habe ich allerdings besser gefunden, als ich an- nehmen mochte. Der erfreuliche Zustand ist in hohem Maße auf zurückzuführen, daß die Fremdlinge keine Ver- schärfung der Arbeitsbedingungen sind. Immer wieder betont, daß kein eingewandertes Mann billiger schaffe als der einheimische. Die Fremden sind in Sachen der Be- lohnung, der Arbeitszeit, der sozialpolitischen Rechte usw. in so gestellt wie ihre französischen Kollegen. Ihre Abgrenzung ist in den Arbeitsverträgen, die sie noch ihrer Heimat abgeschlossen, alle paar Paragraphen aus- drücklich verbürgt. Außerdem sind Lohn, Wohngelegenheit, Mietpreis und Ähnliches mehr ausdrücklich fest- gesetzt. Hebrigs macht auch die heimische Regierung durch Konsuln über die strenge Einhaltung der Verträge auf die Unternehmer.

Wann und wo hätte sich jemals eine deutsche Re- gierung ausgewanderten deutscher Arbeiter so angenommen, es beispielsweise die italienische, tschechische oder pol- nische Regierung tut? Hier wäre für eine deutsche Regie- rung eine prächtige Gelegenheit, für die Erhaltung des Wohlstandes im Auslande zu sorgen.

von einem Zimmergerüst (mit Wienerleitern und ein Brett). Das Brett brach an einer Aststelle durch. Der Kollege Bruch erlitt einen Beinbruch.

Olbenburg. (Berufsunfall.) Bei der Ausführung von Malerarbeiten in einer Schule stürzte der Vorliegende unserer Filiale, der Kollege Franz Niede, so unglücklich, daß er beide Handgelenke brach, während sich ein Lehrling durch Abpringen retten konnte. Von einem aus 2 Trittleitern mit einem darübergelegten Brett bestehenden provisorischen Gerüst waren beide mit dem Streichen von etwa 4 m hohen Decken beschäftigt. In dem Augenblick, als Kollege Niede sich bückte, um die Bürste einzutauchen, brach bei der einen Leiter ein Holm bei der untersten Sprosse und das Gerüst kippte um. Die Leiter war noch ziemlich neu und erst im vorigen Jahr angeschafft. Wer an dem Unfall Schuld hat, war noch nicht festzustellen. Der Kollege Niede wird stark vom Unglück heimgeschickt. Er hat seit Jahren ein künstliches Bein; vor einigen Jahren hat er bei einem Unfall auch das andere Bein gebrochen, und jetzt ist er wieder so schwer ver- letzt worden. Die Mahnung kann gar nicht oft genug er- hoben werden, Leitern und Gerüstmaterial vor jedem Gebrauch gründlich auf Gebrauchsfähigkeit zu untersuchen. Das ist um so nötiger, als schadhafte Stellen durch die Beschmutzung mit Farbe leicht übersehen werden.

Baugewerbliches

Ist das Bauarbeiterschutz?

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt. Berlin, den 7. Juli 1926. II 9 Nr. 269 II.

An nachgeordnete Behörden.

Arbeiterschutz auf Bauten.

Verschiedene erhebliche Unfälle auf Bauten veranlassen mich, erneut die Polizeibehörden auf die Notwendigkeit hinzuweisen, dem Schutz der Bauarbeiter ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Ich verweise zunächst auf meinen Erlaß vom 14. November 1925 — II 9 Nr. 698 —, in dem die Baupolizeibehörden angewiesen sind, sich namentlich durch Nachprüfung an Ort und Stelle noch besonders davon zu überzeugen, daß die vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen auch wirklich vorhanden sind. Um weiteren Unfällen nach Möglichkeit entgegenzutreten, ersuche ich, die nachgeordneten Behörden erneut anzuweisen, für die genaue Durchführung der Sicherheitsvorschriften auf allen Baustellen zu sorgen. Nach § 66 Nr. 8, § 78 Nr. 6 und § 92 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 ist es Pflicht der Betriebsvertretungen, die Baupolizei- und Gewerbeaufsichtsbeamten in der Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren zu unterstützen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß es zumal in größeren Betrieben zweckmäßig ist, daß die Baupolizei auch von sich aus mit den Betriebsvertretungen Fühlung nimmt. Durch Erlaß vom 5. November 1919 — St. 6 — war der Erlaß besonderer Polizeiverordnungen über Schutzvorrichtungen bei Bauten angeregt worden. Soweit daraufhin Polizeiverordnungen erlassen worden sind, ersuche ich die Polizeibehörden noch besonders anzuweisen, ihr Augenmerk auf die Innehaltung auch dieser Vorschriften zu richten.

gez.: Unterschrift.

Dieser Erlaß ist vom Wohlfahrtsminister bereits in seiner Antwort vom 6. Juni dieses Jahres auf die Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über die Baunfälle auf dem Berliner Großkraftwerk Stralau-Kummelsburg in Aussicht gestellt worden. Ein Vergleich zwischen jener Antwort und diesem Erlaß fällt nicht zuungunsten des Ministers aus. Die damalige Antwort des Wohlfahrtsministers ließ erwarten, daß der Minister nunmehr seinen ganzen Einfluß ausbieten würde, um weiteren Unfällen nach Möglichkeit vorzubeugen. Diese Annahme war um so mehr berechtigt, weil der Minister den in der Anfrage der Landtagsfraktion enthaltenen Vorschlägen zur Erreichung eines besseren Bauarbeiterschutzes beipflichtete. Im Hinblick darauf ist die jetzige Anordnung von auffallender Farblosigkeit; sie ist nur eine formelle Erinnerung an frühere ministerielle oder gesetzliche Bestimmungen.

Der Wohlfahrtsminister hat in seiner Antwort vom 6. Juni zugegeben, daß einige nachgeordnete Behörden die Durchführung der vom Ministerium erlassenen Anordnungen zum Schutze der Bauarbeiter bisher nicht für notwendig erachtet haben. Gegenüber diesen etwa schwachhörigen Stellen wäre jetzt ein energischer Vorstoß nötig gewesen, um ihnen klarzumachen, daß die bisherige, ihnen genehme Behandlung von Bauarbeiterschutzesfragen aufzuhören hat; daß es sich um die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit von fast einer Million Bauarbeiter handelt und es Pflicht jeder Baubehörde ist, die Weisungen der übergeordneten Stelle zum besseren Schutze der Bauarbeiter in Erfolg bringender Weise durchzuführen. — Nichts davon enthält der Erlaß; nur die bisher folgen- samen Rinder, die den ministeriellen Anordnungen vom 5. November 1919 — Verbot des Ueber-die-Hand-mauerns — entsprochen haben, werden aufgefordert, nun auch für strenge Durchführung zu sorgen. Für die andern, die sich noch nicht daran gewöhnen konnten, ministeriellen Anweisungen nachzukommen, wird kein Wort des Vorwurfs, kein Wort der Mahnung, um lang Versäumtes nachzuholen, für erforderlich gehalten. Was man sich von vorn- herein über die Erfolglosigkeit eines solchen Schrittes klar? Dann wird auch der jüngste Erlaß des Wohlfahrtsministers gerade dort, wo die Verhältnisse im Bauarbeiter- schutz besonders verbesserungsbedürftig sind, am wenigsten Beachtung und Anwendung finden.

Wenn so an die Dinge herangegangen wird, darf man sich nicht wundern, daß alle Bemühungen zur Er- reichung eines besseren Bauarbeiterschutzes, selbst wenn sie im preussischen Wohlfahrtsministerium manchmal einen warmen Befürworter finden, so wenig praktischen Erfolg haben.

Bauarbeiter! Seht Euch selbst für weitestgehenden Schutz von Leben und Ge- sundheit auf der Arbeitsstelle ein!

Gewerkschaftliches

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nachdem die Ar- beitslosenziffer in Deutschland weiter steigt, werden auch von Unternehmerseite allerlei „praktische“ Vorschläge zur Ver- hebung der Arbeitslosigkeit gemacht. Mit einer naiven Selbstverständlichkeit werden die Dinge so geschildert, als ob alle die guten Vorschläge den Unternehmergehirnen entsprun- gen seien. Wie steht es aber in Wirklichkeit damit? Als vor Jahr und Tag die Rationalisierungsbestrebungen im Bergbau einsetzten, wußten die Unternehmer nichts Besseres vorzuschlagen, als Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne. Hier war es der Berg- arbeiterverband, der zuerst praktische Ratschläge gab, wie durch Bodenluftverbesserung, Kanalbauten usw. ein großer Teil der Ar- beitslosen Beschäftigung finden könnte. Rehnlich auch der Metallarbeiterverband, der unter anderem den Bau einer Schnellbahn im Westen befürwortete. Gleichfalls setzten sich die Tarifparteien für das Hoch-, Tiefbau- und Berggewerbe mit den Arbeitgebern zusammen, um alle Arbeitsmöglichkeiten zu erschöpfen. Wäre man damals all diesen Anregungen ge- folgt, dann hätten wir heute zweifellos eine erhebliche Minde- rung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. War es aber da- mals nicht gerade die Groß- und Schwerindustrie, die immer wieder diese Vorschläge als undisziplinabel ablehnte? Es ist reinweg zum Lachen, wenn man sieht, daß und heute die- selben Gedankengänge als Geistesprodukte der Unternehmer aufgesetzt werden. Heute zitiert man den sel. Thyssen, der gesagt haben soll, wenn das Baugewerbe konstant be- schäftigt ist, dann hat auch die ganze Industrie regelmäßige Beschäftigung. Wer hat aber vor zwei Jahren familiäre Industriebauten stillgelegt, weil die Bauarbeiterlöhne „zu hoch“ seien? Jetzt auf einmal spricht man nicht mehr davon, sondern hofft nur: kommt im Bau- gewerbe eine ersichtliche Belebung, dann werden wir eben- falls davon profitieren, weil dann für unsere Betriebe auch Bestellungen abfallen! Das ist die ganze „Vorausicht“ unserer kapitalistischen Wirtschaftsführer. Werden die Unter- nehmer aus diesen Vorkommnissen der Vergangenheit lernen? Hoffen wir das Beste. Die sicherste Hilfe bleibt allerdings eine starke Arbeiterorganisation, die die Unternehmer zur Ver- folgung guter Vorschläge zwingen kann.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sprach am 18. Juli der Reichstagsabgeordnete Silber Schmidt in einer gut besuchten Baudelegiertenversammlung. Er gab zu- nächst ein Bild von dem Umfang der Arbeitslosigkeit im Bau- gewerbe, die in keinem Vergleich steht zu den Vorjahren. Im Juni des Vorjahres waren 8,25 % der gesamten Bau- arbeiter arbeitslos, im Juni dieses Jahres dagegen 22,8 %. In diesen Zahlen spiegelt sich so recht der Wider- sinn der kapitalistischen Wirtschaftsführung wieder. Bei einem unbeschreiblichen Wohnungsangel liegen in einer Zeit, in der im Baugewerbe Hochkonjunktur sein müßte, Tausende von Bauarbeitern beschäftigungslos auf der Straße. Das ist mit einer Folge des Streites zwischen den Ländern und Gemeinden um die Finanzierung der Bauten, der zwar alljährlich schon im No- vember einsetzt, aber erst im April und Mai, wenn die halbe Bauperiode vorüber ist, beendet ist. Dann werden alle ge- planten Bauten auf einmal in Angriff genommen und damit dem Baustoffwucher Vorschub geleistet. Der Bauarbeiter ist dadurch mehr als vor dem Kriege Saisonarbeiter geworden. In den Zeiten besserer wirtschaftlicher Konjunktur fand er meist während der Wintermonate als Gelegenheitsarbeiter Arbeit in der Industrie, welche Möglichkeit ihm aber in der jetzigen Zeit nicht gegeben ist.

Durch das vom Reichstag beschlossene Arbeitsbeschaffungs- programm wird aller Voraussicht nach die Bautätigkeit im zweiten Halbjahre etwas aufleben. Das im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms aufgestellte Bauprogramm ist aber nur eine Vorstufe für kurze Zeit. Es muß schnellstens das Bauprogramm für das nächste Jahr aufgestellt werden. Ueberhaupt muß die Regierung dazu übergehen, ein Bauprogramm auf lange Sicht aufzustellen. Es müßten 7 Jahre lang jährlich mindestens 200 000 Wohnungen hergestellt werden, um endlich einmal zur normalen Wohnungsmarktlage zu kommen. Eine Lösung des Wohnungsbauproblems wird allerdings nicht möglich sein, wenn aus den aufgebrauchten Hauszinssteuer- erträgen etwa 50 % zum Ausgleich des Staatsver- wendet werden. Ein ganz unhaltbarer Zustand ist die un- gerechte Verteilung der aufgebrauchten Haus- zinssteuer auf die aufbringenden Gemeinden. Im Vor- jahre erhielt zum Beispiel Berlin von 280 Millionen, die es aufbrachte, ganze 65 Millionen. In diesem Jahre werden es von 270 Millionen etwa 90 Millionen sein. Es muß bei der preussischen Regierung darauf gedrungen werden, daß für Berlin der Anteil an der von ihm aufgebrauchten Haus- zinssteuer, aber auch an den Anteilen und an den im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehenen Arbeiten größer wird. Der Bauarbeiter muß aus der unwürdigen Rolle des Gelegenheitsarbeiters wieder zum Bauarbeiter gemacht werden. Das ist auch eine volkswirtschaftliche Frage; denn es ist nicht gleichgültig, daß die Bauarbeiter etwa 8 Monate nicht als Käufer auf dem Inlandsmarkt auftreten können. Eine Belebung des Baumarcktes hätte zweifellos eine Belebung der gesamten Wirtschaft zur Folge; denn vom Baugewerbe sind alle Industrien mehr oder minder abhängig. Die beiden Ausschüsse des Reichs- und Landtages müssen ihr Hauptaugenmerk auf die Durch- führung dieser eminent wichtigen Fragen richten, wenn sie wirklich ernstlich beabsichtigen wollen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Genossenschaftliches

Die „Volksvorsorge“, das Versicherungsinstitut der deut- schen Arbeitnehmerchaft, hat im 1. Halbjahr 1926 die nach- stehenden, recht beachtlichen Erfolge aufzuweisen. Die Pro- duktionsleistung steigerte sich in der Volk- und Lebensver- sicherung um rund 117 000 und erreichte damit einen Bestand von insgesamt zirka 670 000 Versicherungen. Die Versicherungssumme nahm um 20 Millionen Mark zu und hat gegenwärtig eine Höhe von zirka 220 Millio- nen Mark. An Erbverträgen wurden in den letzten

